

Liebe Steinbacher !!!

Hiermit möchte ich einige wichtige Termine und Hintergründe mitteilen.

Sicherlich haben viele den Artikel in der Rheinpfalz vom 7.7.2007 Kirchheimbolander Ausgabe gelesen, worin Die Grünen eine Resolution für einen Autohof in Kirchheimbolanden in der Kreistagssitzung beantragt haben und damit gescheitert sind, weil wieder wohl Parteipolitik wichtiger war, statt Politik für die Menschen. Wichtig und interessant in diesem Artikel waren die von der Redaktion aufgenommenen Aussagen aus der Kreistagssitzung, auf die ich später noch eingehen möchte.

Allgemein ist dabei zu sagen, es ist schon bemerkenswert, dass nun auch Die Grünen aktiv wurden und von alternativen Standorten sprachen. Man muss ihnen zugute halten, dass sie die Ersten waren, die zu einer Bürgerinformation am 13.3.07 nach Steinbach einluden, aber wohl erst unter dem Eindruck, dass sie die eigenen politischen Felle wegschwimmen sahen, nach Monaten erstmals auch politisch alternative Standorte vorantreiben wollen.

Es war der Kandidat der SPD, der beim Wahlkampf zum Verbandsbürgermeister zum ersten Mal die Probleme der Bürger nach Hausbesuchen ernst nahm und Möglichkeiten von Alternativstandorten massiv ansprach. Die Wähler in Steinbach hatten es ihm bei der Stichwahl mit einem in der Verbandsgemeinde Winnweiler einmaligen Wahlergebnis von 75,5% gedankt. Verständlich ist daher auch, dass die Gemeinde Börrstadt, auf deren Gemarkung ein Tank- und Rastplatz bei Steinbach liegt und damit von der Gewerbesteuer profitieren würde, sich mit 73,7 % für den anderen Kandidaten ausgesprochen hatten, der einen Rastplatz bei Steinbach befürwortet. Sicherlich auch ein Pflaster für die Wunde der toten Industrieflächen und Schulden in Börrstadt. Vorteilhaft für Börrstadt ist, dass es die Nachteile wie Lärm und Emission durch die geographische Lage nicht hätte.

Leider ist es aber ein Trugschluß, wie Kreistagsmitglieder meinten, dass Planer in einem Planfeststellungsverfahren Alternativen von alleine wichten. Wir mussten zum Beispiel mit Entsetzen vor wenigen Wochen feststellen, dass die Planer in Kaiserslautern annahmen, der Ort Steinbach läge in einer Mulde. Steinbach liegt aber 10 bis 30 m höher und hat deshalb allein bei Wind vom Lärm erhebliche Störungen. Gleiches gilt für Emission z.B. Feinstaub usw.

In dem ausgelegten Planungsordner von 2005 gibt es auch keinerlei Betrachtungen von Alternativstandorten, weil die Leitung der Verbandsgemeinde Winnweiler es gar nicht wollte.

Ich zitiere aus der Rheinpfalz vom 25. Juni 2005 Artikel: Tankstelle und Rasthof auf der A63 bei Steinbach geplant. „... Rudolf Jacob von der Verbandsgemeindeverwaltung Winnweiler betont: dass wir das geplante Vorhaben auf jeden Fall begrüßen die Zusage für die Tank- und Rastanlage bei Steinbach zu erhalten.....“ und dies, obwohl man die Bürgeraktivitäten von 1979 gegen den damaligen Rastplatz sehr wohl kannte. So setzte man alles daran ein generelles Problem der Hygiene an Parkplätzen (Bundesregierung Drucksache 2004) nicht durch Toiletten zu lösen, sondern durch Umgestaltung und neue Nutzung eines „nur Parkplatzes bei Steinbach“, aber auf Kosten der Steinbacher Bürger und besserer Nutzung einer Börrstadter Kläranlage.

Nun war am 7.7.07 in der Rheinpfalz zu lesen, dass Rudolf Jacob „...formale Probleme bei den vorliegenden Beschlüssen hätte“ - dies ist für die betroffenen Steinbacher Bürger und deren Hintergrundwissen eine Unverschämtheit !

Letztlich saß Jacob doch mit im Boot, als die Verbandsgemeinde vom Gemeinderat die Beschlüsse auf die Schnelle einforderte ohne den Gemeinderat, noch die Bürger richtig zu informieren (bis heute gab es keine Bürgerversammlung des Gemeinderates bzw. Verbandsgemeinderates hierzu). Es ist aber heute nachweisbar, dass Beschlüsse auf fehlende und falsche Informationen zustande gekommen sind.

Und eine Verbandsgemeinde Winnweiler beugte auch damals das Recht zu ihren Gunsten, indem sie im Flächennutzungsplan Teile des Ortes zum Mischgebiet (wesentlich höherer Lärmpegel zulässig) erklärte (weil lange Zeit vorher ein Zahnarzt in der Straße wohnte). Da kann man sich als Verbandsbürgermeister in spe locker auf das Gesetz zurückziehen, wenn es vorher manipuliert wurde. Und nur ein Schelm glaubt, dass der VG-Werksausschuß mit dem Beschluss nach den „Vereinbarungen von Projektbearbeitungspauschalen zwischen Land und Bund“ nicht massives wirtschaftliches Interesse hat.

Weiter ist es erschreckend, dass Politiker „formale Probleme“ – siehe Rheinpfalz vom 7.7.07 - nur dann bekommen, nach Lust und Laune, wenn es ihnen passt. Warum nicht damals im Jahr 2004 und 2005, als man in der VG um den Rastplatz an dieser Stelle kämpfte. Mit dem Planfeststellungsbeschuß Az.: 02.1 - 545 - VI /10 von 1985 ist im Beschluss folgendes nachzulesen „... Im Falle einer etwaigen späteren Einrichtung einer Tank- u. Rastanlage an der A63 kommt daher ein Standort Steinbach nicht mehr in Betracht...“ An keiner Stelle ist und wurde dieser Beschluss in der Zwischenzeit aufgehoben. Rechtlich ist dieser Beschluss auf Bundes/Landesebene entschieden worden.

Interessant war auch die Aussage von Prof. Wolfgang Hofmeister „...Wenn schon, dann solle man „richtig dagegen sein“ und vor Ort für die Umstimmung der zuständigen Gremien sorgen..“.

In einem der letzten Rundschreiben habe ich auch den Gemeinderat gebeten, für den anstehenden Erörterungstermin einen neuen Beschluss zu fassen, weil letztlich im Planfeststellungsverfahren kein Gutachten über den „stehenden Lärm“ vorhanden war. Eine Tank- und Rastanlage mit allein über 115 LKW Stellplätzen verursacht eine deutlich erhöhte Feinstaubbelastung. Beim Kaltstart von Dieselmotoren ist der Schadstoffausstoß um ein 10-faches höher als im Normalbetrieb. Auf Rastanlagen werden Motoren insbesondere nach längeren Ruhepausen im Kaltlauf betrieben. Je nach Wetterlage sind die Auswirkungen in mehreren Kilometern messbar. Lärmschutzwälle können diese Belastung und Gefährdung nicht eindämmen.

Wie aus Kaiserslautern schon seit Wochen zu hören ist, ist der Erörterungstermin Ende August, Anfang September, geplant.

Wir können also gespannt sein, wie sich unser Gemeinderat am Montag, dem 23.7.07 in der öffentlichen Gemeinderatssitzung verhält und was unser zukünftiger Verbandsbürgermeister Jacob dazu beiträgt.

Vermutlich nichts! Damit er den Gemeinderatsbeschluss von 2005 weiter hoch halten kann. Es ist ja vermutlich die letzte Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause und dem Erörterungstermin.

Danke für die Unterstützung zum Wohle der Gemeinde und unserer Kinder.

20.7.2007 *Michael März*